

Informationsblätter

Abrüstung, Rüstungskontrolle und Zivile Konfliktbearbeitung in der deutschen Bundespolitik: Wie viel wird im Zeitraum 2019-2021 wofür ausgegeben?

Innergesellschaftlich wie international bedroht Gewalt nicht nur Menschenleben, sondern stellt letztlich unser aller Zukunft in Frage. In den letzten dreißig Jahren ist das Bewusstsein dafür gewachsen, dass militärische Gewalt keine Konflikte löst und keinen Raum für einen Interessenausgleich lässt. Die kurzzeitige Befriedung eines Konfliktes mit Waffengewalt führt in aller Regel zu seinem späteren Wiederausbruch – oftmals unter weit destruktiveren Vorzeichen. Doch die Politik stellt in aller Regel viel mehr Ressourcen für Militär und Krieg zur Verfügung als für die friedliche, zivile Beilegung von Konflikten.

Unter Ziviler Konfliktbearbeitung (ZKB) verstehen wir die Bearbeitung von Konflikten ohne die Anwendung von militärischer oder anderer Gewalt und mit dem Ziel, eine Konflikttransformation zu erreichen, die die als berechtigt angesehenen Interessen aller Konfliktparteien berücksichtigt und zu einem nachhaltigen, friedlichen und gerechten Zusammenleben führt. In diesem Papier wollen wir zusammentragen, wie viele Ressourcen die deutsche Politik derzeit für ZKB-relevante Aufgaben aufbringt. Der BSV veröffentlicht solche Übersichten seit einigen Jahren regelmäßig. Dabei bewerten wir das, was zur ZKB gezählt werden kann, sehr „großzügig“ und schließen auch Maßnahmen ein, die einen Bezug zu Konflikten haben, ohne explizit der Konfliktbearbeitung dienen zu sollen. So sind Abrüstung, Rüstungskontrolle, Maßnahmen der humanitären Hilfe u.v.m. wichtige außenpolitische Politikfelder, die zur Verhinderung von Gewalt und zur Deeskalation von Konflikten beitragen. Sie sind deshalb in dieser Übersicht mit aufgenommen. Gerade dadurch sind diese Zahlen, wenn man sie den Ausgaben für Rüstung und Militär gegenüberstellt, doch sehr aussagekräftig.

ZKB und Gewaltprävention sind selbstverständlich wichtige Anliegen auch in der Innenpolitik, z.B. beim Engagement gegen Rechtsextremismus. In diesem Papier geht es uns allerdings primär um die außenpolitische Dimension der deutschen Politik.

Welche Maßnahmen werden mit welchen Beträgen finanziert?

Der Bundeshaushalt wird einmal jährlich vom Deutschen Bundestag jeweils für das Folgejahr verabschiedet und veröffentlicht.¹ Nach BSV-Recherchen stehen im Bundeshaushalt 2021 insgesamt knapp 6,5 Milliarden Euro für Abrüstung und ZKB im weitesten Sinne zur Verfügung. Der deutliche Anstieg gegenüber den Vorjahren erklärt sich vor allem durch Erhöhungen bei der Demokratisierungshilfe und im humanitären Bereich. Andere Positionen wurden verringert.

Dem gegenüber stehen rund 46,9 Milliarden Euro für den Einzelplan 14, also den Haushalt des Bundesverteidigungsministeriums; hierzu kommen 6,13 Milliarden aus anderen Einzelplänen (s. unten). Damit gilt weiterhin: Selbst wenn wir den Begriff ZKB sehr weit auslegen und sogar über die Zahlen hinausgehen, die von den Bundesministerien selbst als konfliktrelevant markiert werden – für das Militärische wird über achtmal mehr ausgegeben als für alles, was der Abrüstung und der Zivilen Konfliktbearbeitung zugerechnet werden kann. Ein krasses Missverhältnis, insbesondere vor dem Hintergrund, dass ein Großteil der deutschen Politiker*innen regelmäßig betont, dass Konflikte vorrangig zivil und eben nicht militärisch gelöst werden sollten.

¹ <https://www.bundeshaushalt-info.de/>

Haushaltstitel und Ausgaben für Aufgaben, die der Zivilen Konfliktbearbeitung zugeordnet werden können, 2019-2021

Bezeichnung	Titel	2019: Teilweise Ist- Zahlen lt Haushalt 2021 Jeweils in 1000 €	2020 Jeweils in 1000 €	2021 Jeweils in 1000 €
Auswärtiges Amt (AA, Einzelplan (EP) 05				
IRMCT (Internat. Residualmechanismus der ad hoc Strafgerichtshöfe zu Ex-Jugoslawien und Ruanda)		5.221	5.469	5.004
Internationale Konferenzen (Abrüstung)	0501-687 10-4	411	459	424
Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)	0501-687 14-22	24.803	24.803	24.803
Schiedshof in Den Haag	0501-687 14-22	56	59	59
Wassenaar Arrangement (Exportkontrollen von konventionellen Waffen und doppelverwendungsfähigen Gütern und Technologien)	0501-687 14-22	150	150	150
Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW)	0501-687 14-17	4.400	4.400	4.400
Organisation über den umfassenden Nuklearen Teststoppvertrag	0501-687 14-18	2.343	2.578	4.070
Ständiger int. Strafgerichtshof	0501-687 14-24	16.267	16.267	16.267
Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)	0501-687 17-1	3.500	3.500	3.250
Hilfsfonds des Hohen Flüchtlingskommissars der VN (UNHCR)	0501-687 17-3	24.000	24.000	22.250
Hilfsprogramm der VN für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA)	0501-687 17-4	18.000	18.000	17.750
Büro des Hochkommissars für Menschenrechte (UNHCHR)	0501-687 17-5	6.000	6.000	9.470
Internationale Beobachtertruppe auf der Sinai-Halbinsel (MFO)	0501-687 17-6	470	470	470
Implementation Support Unit (ISU) für das Verbot von Antipersonenminen	0501-687 17-12	50	50	50
Hilfsfonds des UN-Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA)	0501-687 17-13	5.000	5.000	5.000
Anna-Lindh Euromedstiftung	0501-687 17-14	400	400	400
Allianz der Zivilisationen	0501-687 17-17	315	315	315
Global Forum on Migration and Development (GFMD)	0501-687 17-25	75	75	75
Demokratisierungs- und Ausstattungshilfe, Maßnahmen zur Förderung der Menschenrechte	0501-687 23-029	33.435	10.000	20.000

Maßnahmen der Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitungszusammenarbeit	0501-687 27-029	26.410	40.000	35.000
Leistungen im Rahmen des Stabilitätspaktes Afghanistan der Bundesregierung	0501-687 28-029	159.346	180.000	170.000
Zuschuss an das Europäische Kompetenzzentrum Ziviles Krisenmanagement	0501-686 30-029	---	1.500	1.500
Humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland	0501-687 32-029	1.581.351	1.640.000	2.110.000
Unterstützung von int. Maßnahmen auf den Gebieten Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung durch das AA	0501-687 34-029	390.434	401.188	434.318
Zuwendungen an das Berliner Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF)	0502-685 22-165	15.225	24.270	30.770
Zuschüsse zu Vorhaben zur Förderung des europäischen Gedankens	0502-685 25-029	1.340	1.789	1.482
Mandatierte polizeiliche Friedensmissionen und bilaterale polizeiliche Auslandseinsätze in int. Krisengebieten	0625-532 04-042	16.722	23.960	24.378
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ, EP 17)				
Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie	1702-684 04-165	107.546	115.500	150.500
Stärkung der Zivilgesellschaft (Freiwilligendienste)	1703-684 11-290	110.963	120.681	363.758
0916 Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle				
Ausgaben anlässlich von Inspektionen und Untersuchungen aufgrund des Chemiewaffenübereinkommens	0916-671 01 - 680	70	100	100
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (EP 23)				
Förderung der entwicklungspolitischen Bildung	02302-684 71-23	48.438	45.000	45.000
Förderung von Medien, Zugang zu Information und Meinungsfreiheit in Kooperationsländern	2301-687 05-023	30.000	30.000	40.000
Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur	2301-687 06-023	799.913	800.000	936.750
Ziviler Friedensdienst	2302-687 72-023	55.000	55.000	55.000

Entwicklungspolitischer Austausch und Freiwilligendienst	2302-687 74-023	46.669	47.000	47.000
Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere int. Einrichtungen und int. NROs	2303-687 01-023	336.853	412.873	654.452
Sonderinitiativen: Eine Welt ohne Hunger, Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren, Stabilisierung und Entwicklung Nordafrika-Nahost	2310-687 03	1.058.436	1.080.000	1.243.000
Bundesministerium für Forschung und Bildung (EP 30)				
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HFSK)	3003-632 50-5.3	2.527	2.651	2.692
Insgesamt		4.932.139	5.143.507	6.479.907

Weitere Erhöhungen im Rüstungshaushalt geplant

Wie schon in den vergangenen Jahren, so soll laut Planungen der Bundesregierung auch 2022 und darüber hinaus der Verteidigungshaushalt schrittweise erhöht werden. Bis 2025 sollen rund 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erreicht werden. Die NATO-Länder inkl. Deutschland haben sich langfristig eine Erhöhung „in Richtung 2 %“ als Ziel gesetzt, wie die NATO auch trotz der Pandemie und des Regierungswechsels in den USA weiter bekräftigt, so auch in ihrem Gipfeltreffen Mitte Februar 2021. Auch wenn die Neigung von Seiten vieler deutscher Politiker*innen, diesen Wünschen in vollem Umfang nachzukommen, vielleicht nicht groß ist: Die Zahlen sprechen für sich. 2016 betrug der Etat noch 35,1 Milliarden Euro, 2017 erhöhte er sich auf rund 37 Milliarden Euro, 2018 sind es 38,5 Milliarden Euro, 2019 43,2 Milliarden und 2020 45,2 Milliarden. Im aktuellen Haushaltsjahr 2021 beträgt er 46,93 Milliarden Euro. Dazu müssen allerdings auch immer versteckte Ausgaben in den Haushaltsplänen anderer Ministerien addiert werden. So kündigte im Oktober 2021 die Bundesregierung gegenüber der NATO an, 2021 insgesamt 53,3 Euro für die Rüstung ausgeben zu wollen. Dabei zählte sie andere Haushaltsposten, die nicht zum Verteidigungshaushalt gehören, aber nach NATO-Kriterien Verteidigungs-Aufgaben sind, mit hinzu.²

Wie die massiven Mittel für Rüstung und Militär deutlich sinnvoller zivil eingesetzt werden könnten, zeigt das Beispiel Ziviles Peacekeeping: Der Jahreshaushalt der Nonviolent Peaceforce (NP) betrug im Jahr 2016 ca. 955.000 Euro bei 224 Angestellten. Eine zivile Friedensfachkraft bei NP kostet also, unter Einberechnung aller Kosten der Organisation für Verwaltung, Forschung usw., in einem Jahr ca. 52.000 Euro. Das bedeutet: Für „nur“ 6 Mio. Euro könnten mehr als 1.000 zivile Peacekeeper*innen finanziert werden, die gewaltfrei, nachhaltig und in enger Kooperation mit den Menschen vor Ort Frieden schaffen!

In unseren Augen bleibt die zentrale Forderung deshalb: Statt der Steigerung eine deutliche Kürzung des Verteidigungshaushalts, und noch einmal deutlich mehr Mittel für Zivile Konfliktbearbeitung! Insbesondere die Haushaltsmittel für ZKB und Friedensförderung, für den Zivilen Friedensdienst und das Förderprogramm zivik, für zivilgesellschaftliche Arbeit einschließlich des Zivilen Peacekeepings müssen deutlich erhöht und es müssen für alle Programme mehrjährige Förderzusagen eingeführt werden.³

² Siehe <https://www.tagesschau.de/inland/ruestungsausgaben-deutschland-nato-101.html>

³ Siehe z.B. auch die Forderungen der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung:

http://konfliktbearbeitung.net/sites/default/files/frieden_braucht_gesellschaft_forderungen_der_plattform_zkb_zur_bt_wahl_2021.pdf